

# Drohender faschistischer Feuerüberfall

## auf Karl-Liebknecht-Haus / SPD-Orzefinist hebt Belagerungszustand für Faschisten auf

Berlin, 28. Febr. (Eig. Drahtbericht.)  
Wie mitgeteilt wird, haben nach Verhandlungen im Polizeipräsidium und im Ministerium des Innern die Nazis die Genehmigung erhalten, zur Verdrängung des erschossenen Inhabers Wessel am Sonnabendnachmittag eine Trauerkundgebung zu veranstalten. Die Teilnehmer sollen in Zivil antreten, auf dem Friedhof dürfen sie in Uniform demonstrieren. Es soll der Polizei vorbehalten sein, die Zahl der Teilnehmer am Demonstrationstag zu bestimmen. Das ist natürlich nur eine Redensart, die zur Verhütung der erregten Arbeiterbewegung gedacht ist.

Zeit steht jedenfalls, daß am Sonnabend Punkt 16 Uhr die Nazis von der Züdenstraße ab am Karl-Liebknecht-Haus vorbeimarschieren werden. Das ist eine ungeheure Provokation, die die gesamte Berliner Arbeiterklasse mit der größten Wachsamkeit beantworten muß. Wir haben Informationen, daß in mehreren Sturmbereitungen der Hitlerianer beschlossen wurde, entweder während des Vorübergehens oder nach Beendigung in vorgerückter Abendstunde einen Feuerüberfall auf das Gelände der Kommunistischen Partei zu unternehmen. Schon seit Wochen bereitet die Hugenbergsche Presse viele Millionen durch eine intensive Wortkämpfe gegen die rote Fahne vor. Die Bundesgenossen Hugenbergs mögen wissen, daß die Berliner Arbeiter morgen nachmittag zum Schutz ihres Parteihauses bereit stehen.

## Demonstrationsverbot in Halle durchbrochen

Im Anschluß an eine Kampf Kundgebung der Kommunistischen Partei in Halle gegen den Youngplan demonstrierten die Arbeiter in allen Stadtteilen, ohne sich an das Demonstrationsverbot zu halten. Die Polizei war vollkommen überfallen. Sämtliche fünf Demonstrationszüge konnten ungehindert bis zum Volkspark gelangen. In einer Stelle wurde die Polizei verprügelt. Erst als die Menge am Volkspark angelangt waren, veranlaßte die Polizei Gummischußplattens, ohne jedoch die Straße von den Demonstranten freizubekommen. Die

## Verhöhnung der hungrigen Massen

# Der Reichstag erhöht die Ministergehälter!

### Auch die „linken“ Sozialdemokraten stimmen dafür

Berlin, 27. 2. 30. (Eig. Bericht.)  
Auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung des Reichstages stand das Reichsministergehalt. Alle Redner der Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, erklärten in ihren Reden, daß sie dem Gesetz zustimmen werden. Für die kommunistische Fraktion führte dazu

Genosse Torgler

folgendes aus:  
„Wir werfen schon längst die Sozialdemokraten die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten bezüglich, wie ich besonders beim Reichsministergehalt. Dieses Gehalt, das die Unterseite der Sozialdemokraten Hilfebringend und Sezierend trägt, wird gerade in dem Moment eingehandelt, wo die Sozialdemokraten draußen im Lande eine trügerische Propaganda für ein sogenanntes „Notopfer“ der Reichsbedürftigen treiben. Bei den Ministern wird aber aufgebaut, während 4 Millionen Erwerbslose hungern, ihre Unterernährung abgebaut wird, und während der sozialdemokratische Arbeitsminister Wiffell bei den sozialen Ausgaben allein in diesem Jahre weitere 80 Millionen fürst. (Hört, hört! bei den Komm.) Nach dem Reichsministergehalt erhält der

Reichstanzler Hermann Müller ein Grundgehalt von 45.000 Mark,

900 Mark drücker Sonderzulage, 15.000 Mark Aufwandsentschädigung, 9000 Mark Reichsministergehalt, 40.000 Mark für repräsentative Zwecke und 10.000 Mark für besondere Zwecke. Das sind insgesamt 122.900 Mark. (Stürmisches Hört, hört! bei den Kommunisten und auf den Tribünen.)

Der sozialdemokratische Minister Schmidt wird von nun an erhalten: Grundgehalt 36.000 Mark, plus 4500 Mark Aufwandsentschädigung, plus 720 Mark drücker Sonderzulage, 3000 Mark Wohnungsmittelzulage, 5000 Mark Trennungszulage, 9000 Mark Reichsministergehalt und 5000 Mark für besondere repräsentative Zwecke. Das macht zusammen 62.720 Mark. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Diese vierhundert Summen widerspiegeln aber nur einen Teil der unglücklichen Gehaltssteigerungen der Minister. In Zukunft wird schon derjenige, der nur 14 Tage Minister war, drei Monate seine vollen Bezüge beziehen und weitere drei Monate die Hälfte der Bezüge.

(Stürmisches Hört, hört!) Ein sozialdemokratischer Reiterungsrat, der Minister wird, erhält bei seinem Austritt von seinem Ministerposten bis an sein Lebensende die volle Pension in der Pensionhöhe eines Regierungsrats. (Hört, hört!) Des Weiteren werden die Wohnungsgelder für Minister erhöht und eine besondere Trennungszulage geschaffen.

Derlike Sprechend, der ein solches Reichsministergehalt einbringt, hat am 27. Juni 1929 gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Arbeitsminister Wiffell eine Anweisung an die Sozialministerien der Länder gegeben, in der auf die Unterstützung der ausgetriebenen Erwerbslosen Bezug genommen wird. In dieser Anweisung heißt es wörtlich:

„Es wird daher vor allem als eine Pflicht der Fürsorgebehörden begründet werden müssen, in allen Fällen die Voraussetzung der Hilfebedürftigkeit auszuklären zu prüfen und Art und Maß der Fürsorge auf das zur Prüfung des Lebens unerlässliche zu beschränken.“

(Stürmisches Hört, hört!) Bei den Kommunisten und bei zahlreichen Tribünenbesuchern) Auf Grund dieser Anweisung Sprechens wurden die Unterstützungslöhne abgebaut und die Zahlungen gegen die Erwerbslosen auf den Wohlstandskonten vermindert. Das zur „Prüfung des Lebens unerlässliche“ ist bei einem Erwerbslosen in der Wohnklasse 7 mit zwei Familienangehörigen die Summe von 16,50 Mark pro Woche. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Die Invalidenrente bei Arbeitern beträgt durchschnittlich 33 Mark im Monat, die Witwenrente 22 Mark.

Die Familienhilfe und die Krankenhilfe soll abgebaut werden. Aber gleichzeitig bewilligen sich die sozialdemokratischen Minister unglaubliche Gehaltssteigerungen.

Es ist auch kein Zufall, daß die Deutschnationalen, die keine Regierungspartei sind, diesen Gehaltssteigerungen zustimmen; denn sie wissen, daß das Korruptionsgeld links tragen wird. (Lebhafte Zwischenrufe b. d. Kommunisten.) Eine besonders jämmerliche Haltung nehmen die „linken“ Sozialdemokraten auch diesmal wieder ein. In Sachsen haben diese Leute ein Gesetz gegen die hohen Ministergehälter eingebracht. (Stürmisches Hört, hört! im ganzen Hause.) In der Begründung dieses Gesetzes schreibt die Chemnitzer Volksstimme vom Dienstag, dem 4. Februar 1930:

„Angesichts der Tatsache, daß Tausende und aber Tausende von Erwerbslosen dem größten Elend preisgegeben sind, ist es vom sozialen Standpunkt aus nicht länger zu verantworten,

Demonstrationen waren ein glänzender Auftakt zum Erwerbslosentag am 8. März. Die halleischen Arbeiter haben gezeigt, daß sie sich durch kein Gesetzstrikat daran hindern lassen, die Straße zu erobern und die Arbeiterklasse zum revolutionären Kampf zu mobilisieren.

## Auch Kunst und Künstler droht Zuchtmaß

### George-Groß-Projekt vor dem Reichsgericht

Veipzig, 28. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

In der Kaminarbeitenhandlung des Projektes gegen George Groß wegen Gotteslästerung wurde das betreffende Urteil der Berufungsinstanz aufgehoben und der Prozeß nochmals dem Landgericht 3 zur Behandlung und Urteilsprechung überwiehen. Der Staatsanwalt machte im Prozeß aufsehenerregende Ausführungen, die einen klaren Hinweis auf die Unterdrückung und Anbelagerung der Presse und künstlerischen Freiheit geben, wie sie vom Gericht nach Annahme des Republikanengesetzes gehandhabt werden soll. Wörtlich führte der Reichsanwalt aus:

„Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diejenigen, die das Republikanengesetz schloß, seine Vorschriften auch gegen Künstler und gegen Kunst angewandt wissen wollen, denn auch mit künstlerischen Mitteln kann die Reichsform herabgewürdigt und die Republik verächtlich gemacht werden.“

Die Wertstipen müssen jetzt, was sie unter Weimars Republikanengesetz auch auf kulturellem Gebiet zu erwarten haben.

## Die lokale Hausdurchsuchung

Wie das „Kuh-Echo“, unser Wiener Bruderorgan, meldet, unternahm die Kriminalpolizei am Dienstag eine Durchsuchung der Kämmerkellern der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei mit der Begründung, daß die Kr. 1 der „Keten Marinezeitung“ gesucht wurde. Es sei jedoch kein Exemplar dieser Zeitung gefunden worden.

## 12 Prozent Dividende aus den Arbeitern und Bauern herausgehunden!

In Hitlers Reich, im reaktionären Bayern, stehen die Dividenden ebenso reichlich wie in der übrigen kapitalistischen Welt. Die bayrische Notenbank bezahlt 12 Prozent Dividende, außerdem wurde noch fast eine Million abgeschrieben. Der Reservefonds beträgt bereits 11 Millionen und erreicht fast das Aktienkapital, das 15 Millionen beträgt.

## Das sind Rationalisierungserfolge der Ausbeuter

Die Proleten aber müssen schuften und liegen in Majen auf Pfahle, wo sie im Elend verkommen. Der einzige Ausweg für die Arbeiter ist, organisiert revolutionäre Streiks, kämpfen gegen dieses System und seine sozialfaschistischen Kreaturen. Diese revolutionären Kämpfe führen.

## nur rote Betriebsräte!

## Krupps Kanonen gegen deutsche Arbeiter

### Und Herr Hugenberg?

Wie die Presse meldet, hat der Oberreichsanwalt ein Ermittlungsverfahren wegen Landesverrats gegen die Firmen Krupp und Thyssen eingeleitet, die beide während des Krieges deutschfeindliche Mächte mit Waffen und Munition beliefert haben sollen.

Das Verfahren ist wohl hauptsächlich auf die Broschüre „Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie“ von Lehmann-Kühnle zurückzuführen, in der behauptet wird, daß Krupp an die englische Waffenfirma Vickers ein Patent zur Herstellung von Granatzündern verkauft habe, während Thullen während des Krieges in Holland Infanteriegeschütze verkaufte, die in Wirklichkeit für feindliche Mächte bestimmt waren.

Den Arbeitern ist es nichts Neues, daß die Kapitalisten die von ihnen viel besungene Nation in dem Augenblick verraten und verlassen, wo ihnen Gewinn winkt. Gerade die Geschäfte der Krupps strotzen von diesem permanenten und natürlich straflosen Landesverrat. War doch der

Befürworter des Weltkrieges Krupp sogar Offizier in der französischen Ehrenlegion. Vielmehr doch die Firma Krupp kurz vor dem Krieg von 1866, als der Ausbruch des Krieges nur noch eine Frage von Wochen war, schwere Geschütze an Österreich, mit deren Hilfe kurz darauf die deutschen Soldaten zerschlagen wurden.

So blickten die deutschen Progresspatrioten sich dem französischen „Erbschind“ an! Tatsächlich hat bis zum Weltkrieg die Firma Krupp viele Jahntausende von Kanonen an das Ausland geliefert.

Dann richteten die Waffenfabrikanten und sonstigen absonderlichen Kapitalisten das Weltgemisch an, in dem tagen, tagaus Proletarier im Waffenrock erschossen wurden von den Reichsangehörigen und Kanonen derjenigen, für deren Interessen sie bluten mußten.

Jetzt, 12 Jahre nach Kriegsende, wird ein Verfahren wegen Landesverrats eröffnet. Ein Narr, der glaubt, daß daraus etwas herauszuholen wird. Herr Krupp wird weiter Waffenfabrikanten und Patente ans Ausland verbleiben; gleich ihm werden es die anderen tun. Und das alles wird nicht eher sein Ende finden, bis wir, bis die Arbeiter die Macht in die Hände nehmen.

Was sagen übrigens die nationalsozialistischen Freunde des Herrn Hugenberg, der doch während des Krieges Generaldirektor bei Krupp war, zu den „patriotischen Großtaten“ ihres Herrs?

Inzwischen haben Krupp und Thyssen die Reichsbedingungen gegen sie dahin „dementiert“, daß die damalige Regierung und auch Hindenburg bzw. die Oberste Seeleitung von den Auslandslieferungen gewußt hätten. Wir haben nichts anderes erwartet.

## Erhöhung des Roggenpreises

Berlin, 28. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

Der Reichsrat genehmigte gestern den Entwurf eines Gesetzes und Maßnahmen des Reichsernährungsministers zur Erhöhung, d. h. zur Erhöhung des Roggenpreises.

Gegen dieses Gesetz, das eine absolute Verschlechterung des Brotes bei einer gleichzeitigen Verteuerung bedeutet, muß die Arbeiterklasse energisch Front machen.

## Spitzenkandidat der roten Liste gemäßregelt

Die Direktion der Leipziger Straßenbahn hat am Sonnabend den Genossen Winter, der als Spitzenkandidat für die rote Betriebsratsliste vorgelassen war, keine offizielle Entlastung mitgeteilt. Die Maßregelung wird damit begründet, daß Genosse Winter eine Verwarnung, die ihm die Direktion wegen seiner „schweren“ Täuschung erteilt hatte, der Betriebsratsrat Kenntnis gebracht habe. In dem Entlassungsschreiben heißt es: „Wir ziehen uns wegen Ihrer dauernden Unzufriedenheit genötigt, Sie trotzdem zu entlassen.“

Die Straßenbahner werden sich diese Verletzung der Direktion, die ein Anschlag auf die gelamten Leipziger Straßenbahner bedeutet, nicht gefallen lassen. Sie werden die revolutionären Kandidaten für die roten Betriebsratslisten aktiv verteidigen.

## Kampfanlage der Arbeiter an den Sozialfaschismus

In allen Betrieben prüfen die Sozialfaschisten ihre Vertiefungen am Proletariat als Erlöse an, um bei der Betriebsratswahl durch diese Lügen die Massen für sich einzuholen zu können. Die Arbeiter antworten aber den sozialfaschistischen Betrügern durch Massenentritt in die KPD und den kommunistischen Jugendverband. Gerade dort, wo die Wahlgeschiffe der roten Betriebsräte energisch auftreten, sind auch Werbeergebnisse für die Partei und die Arbeiterklasse zu verzeichnen.

Am 24. traten 78 Mitglieder der Partei bei, am 25. 63, am 26. 43 neue Mitglieder, darunter ist besonders hervorzuheben die Ortsgruppe Weisköhne mit 5, Rodwitz mit 3, Augustusburg mit 3, Plauen i. Vogtl. mit 18, Kranzberg mit 11, Hohnstein mit 6, Wagnau mit 6 neuen Mitgliedern.

## Vorwärts zu rote Jugend

Vom Bezirksbüro der Kommunistischen Jugendverbände Sachsisch wird uns mitgeteilt, daß in der Zeit vom 1. 1. 1930 bis zum 28. 2. 1930 dem KAPD Sachsen 481 jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen beigetreten sind. Dies muß der Jugendverteidiger der Partei sein, mit verstärkter Kraft für die Organisation des Jugendproletariats zu arbeiten und Eltern in Veipzig zum Reichsjugendtag in Massen aufzumarschieren unter den Fahnen der KPD.

## Kort mit allen parteifeindlichen Elementen

Berlin, 28. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

Die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg hat den beabsichtigten Stadtrat Ende und die halleische Fürsorgefrau Rosenthal wegen parteifeindlicher Handlungsweise aus der Partei ausgeschlossen. Die Betroffenen haben gegen die Politik der Partei agitiert und gemeinsam mit aus der Partei ausgestoßen Elementen eine Erklärung gegen die KPD zur Veröffentlichung in der feindlichen Presse vorbereitet. Mit ihrer Handlungsweise beweisen sie, daß sie den Korruptionsmaßnahmen der Sozialfaschisten unterlegen sind. Sie unterstützen mit diesem Uebergang zum Klassenfeind die sozialfaschistische Front gegen die KPD.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion nahm in ihrer gestrigen Sitzung zu den Ausschlüssen der Bezirksleitung Stellung und stimmte ihnen einstimmig zu.